

**Änderungsantrag** der Fraktion **DIE LINKE****Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2014 und 2015****Betrieb U3 Bremen und Bremerhaven**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

**I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:**

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	41	Jugend und Soziales
Produktbereich:	41.01	Hilfen für junge Menschen und Familien
Produktgruppe:	41.01.02	Tagesbetreuung

Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2014 um 7 050 T€ erhöht.

Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2015 um 7 050 T€ erhöht.

**IIa. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert:**

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	04	Jugend und Soziales, Ausländerintegration
Kapitel:	0402	Allgemeine Bewilligungen für Jugend
Titel:	984 42-2	An Hst. 3432/384 42-9 für den Betrieb von Kindertagesbetreuungsplätzen U3 (Landesmittel und anteilige Bundesmittel)

Der Anschlag wird für das Jahr 2014 von 9 682 660 € um 5 500 000 € auf 15 182 660 € erhöht.

Der Anschlag wird für das Jahr 2015 von 10 322 660 € um 5 500 000 € auf 15 822 660 € erhöht.

**IIb. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert:**

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	04	Jugend und Soziales, Ausländerintegration
Kapitel:	0402	Allgemeine Bewilligungen für Jugend
Titel:	985 42-9	An Bremerhaven für den Betrieb von Kindertagesbetreuungsplätzen U3 (Landesmittel und anteilige Bundesmittel)

Der Anschlag wird für das Jahr 2014 von 2 713 840 € um 1 550 000 € auf 4 263 840 € erhöht.

Der Anschlag wird für das Jahr 2015 von 2 855 840 € um 1 550 000 € auf 4 405 840 € erhöht.

### **Erläuterung**

Es ist damit zu rechnen, dass in den kommenden Jahren die Nachfrage nach den gesetzlich garantierten U3-Betreuungsplätzen noch merklich anziehen wird. Die eingestellten Mittel sichern einen ausreichenden personellen Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten. Sie ermöglichen eine verbesserte Qualität der Betreuung. Notmaßnahmen wie die zwangsweise Versetzung von zweieinhalbjährigen Kindern in den regulären Kindergarten können rückgängig gemacht werden. Solange Tagesmütter zur Sicherstellung der U3-Quote herangezogen werden, müssen sie finanziell besser abgesichert werden.

Klaus-Rainer Rupp,  
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE